

Aus dem Bereich der Vereinten Nationen

Politik und Sicherheit

Abrüstungskonferenz: Tagungen 2011

- Im 15. Jahr keine Einigung auf ein Arbeitsprogramm
- Pläne für FMCT-Verhandlungen außerhalb der CD konkretisieren sich

Oliver Meier

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Oliver Meier, Abrüstungskonferenz: Tagungen 2010, VN, 2/2011, S. 79f., fort.)

Den 65 Mitgliedstaaten der Genfer **Abrüstungskonferenz (Conference on Disarmament – CD)** gelang es auch im Jahr 2011 nicht, sich auf die Aufnahme neuer Abrüstungsverhandlungen zu einigen. Die Hürden für einen solchen Schritt blieben auch im fünfzehnten Jahr der Untätigkeit zu hoch. Zu Beginn der ersten Sitzungsperiode (24.1.–1.4.), einigten sich die CD-Mitglieder zwar auf eine Tagungsordnung. Diese führt die gleichen Themen wie in den vergangenen Jahren auf, nämlich die Beendigung des nuklearen Rüstungswettlaufs und nukleare Abrüstung, Verhinderung eines Nuklearkriegs, praktische Schritte zur nuklearen Abrüstung, Maßnahmen zur Verhinderung eines Rüstungswettlaufs im Weltall, negative Sicherheitsgarantien, neuartige Massenvernichtungswaffen sowie ein umfassendes Abrüstungsprogramm und Transparenzmaßnahmen.

Uneins sind sich die Mitglieder aber weiterhin bei der Frage, über welche dieser Themen Verhandlungen aufgenommen werden sollen. Viele Staaten wollen nur einem Arbeitsprogramm zustimmen, dass auch Verhandlungen über ein Verbot der Produktion waffenfähigen Spaltmaterials (Fissile Material Cut-off Treaty – FMCT) beinhaltet. Ein solcher Vertrag steht seit langem auf der internationalen Tagesordnung. Die CD einigte sich im Jahr 2009 kurzfristig auf die Aufnah-

me von FMCT-Verhandlungen, konnte diesen Beschluss damals aber nicht umsetzen.

Der pakistanische Vertreter, Botschafter Zamir Akram, stellte erneut klar, dass sein Land einer Aufnahme von FMCT-Verhandlungen nicht zustimmen werde. Akram begründete die Ablehnung eines solchen Vertrags wie in der Vergangenheit damit, dass Pakistan seit dem Jahr 2008 durch die Aufhebung von Lieferbeschränkungen für Nukleartechnologie nach Indien durch die Gruppe der nuklearen Lieferländer (Nuclear Suppliers Group – NSG) gegenüber seinem regionalen Kontrahenten benachteiligt sei. Außerdem käme die seit November 2010 von den USA geforderte Aufnahme Indiens in die NSG und andere Exportkontrollregime einem »strategischen Paradigmenwechsel« gleich, der Nichtverbreitungsbemühungen unterminiere und Südasien destabilisiere, so Akram am 25. Januar 2011 in seiner Rede vor der CD. Da in dem Staatenvertretergremium das Konsensprinzip gilt, ist ohne eine Änderung der Haltung Pakistans die Einigung auf ein Arbeitsprogramm nicht möglich.

Es folgten die üblichen Appelle der Staatenvertreter, die eigene Untätigkeit endlich zu überwinden. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hob am 26. Januar in seiner Botschaft an die Konferenz hervor, dass »nur ein oder zwei Staaten nicht auf Dauer Fortschritte blockieren« dürften. Ebenso wie die Mitgliedschaft in der Konferenz, sei die Konsensregel »ein Privileg«, mit dem die Mitglieder verantwortlich umgehen müssten.

Immerhin führte die CD im Rahmen der insgesamt 45 formellen und zehn informellen Plenarsitzungen im Jahr 2011 Beratungen zu einigen der auf der Tagesordnung stehenden Themen durch. Diese Diskussionen dienten allerdings explizit nicht der Vorbereitung von Verhandlungen. Weder in der zweiten (16.5.–1.7.), noch in der dritten Sitzungsperiode (2.8.–16.9.) gelang eine Einigung auf ein Arbeitsprogramm. Die CD-Mitglieder konnten der Generalversammlung am 15. September 2011 so nur erneut einen inhaltsleeren, förmlichen Bericht überweisen.

Im Hintergrund gingen die Beratungen darüber weiter, ob und wann es sinnvoll sein könnte, FMCT-Verhandlungen außerhalb der Konferenz aufzunehmen. Die Meinungen über einen solchen Schritt sowie über eine Reform der Konsensregel gehen weit auseinander. Aber es sind immer mehr Staaten erkennbar bereit, der CD den Rücken zu kehren.

Vom 27. bis 29. Juli 2011 hielt die UN-Generalversammlung auf Antrag von 49 Staaten drei Plenartreffen ab, um über Konsequenzen aus den von Ban am 24. September 2010 einberufenen Konsultationen über eine »Wiederbelebung der Arbeit der Abrüstungskonferenz und Fortschritte bei multilateralen Abrüstungsverhandlungen« zu beraten. Generalsekretär Ban sagte am 27. Juli: »Wenn die CD blockiert bleibt, hat die Generalversammlung eine Verantwortung einzuschreiten.«

Im 1. Ausschuss der Generalversammlung (Abrüstung) wurde deutlich, dass eine breite Mehrheit von Staaten die Aufnahme von FMCT-Verhandlungen unterstützt. Viele westliche Staaten sowie die zehn Mitglieder der blockübergreifenden »Non-Proliferation and Disarmament Initiative« traten offen dafür ein, die Generalversammlung mit der Aufnahme solcher Verhandlungen zu beauftragen. Die EU-Staaten bevorzugten die CD als Verhandlungsort, stellten aber fest, dass die internationale Gemeinschaft »falls notwendig, andere Wege finden muss, um Fortschritte sicherzustellen.« Eine von Kanada eingebrachte Resolution forderte die Generalversammlung auf, Möglichkeiten für die Verhandlung eines FMCT »in Erwägung zu ziehen«, sollte auch im Jahr 2012 in der Konferenz keine Einigung auf ein Verhandlungsmandat zustande kommen. Der Entwurf wurde mit 151 Stimmen gegen das Votum Pakistans und Nordkoreas angenommen.

Die Aufnahme von FMCT-Verhandlungen außerhalb von Genf würde die CD weiter marginalisieren. Dies würden aber vor allem jene Staaten bedauern, die in den vergangenen Jahren der Aufnahme neuer multilateraler Abrüstungsgespräche im Weg gestanden haben.